

Betreff:

Verlängerung der Alkoholverbotszone am Platz der Deutschen Einheit

Antragstext:

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

1) Der Magistrat möge dem Ortsbeirat den aktuellen Planungsstand hinsichtlich der „kritischen Überprüfung“ der geltenden Alkoholverbotszone am Platz der Deutschen Einheit darlegen, die Bürgermeister Dr. Oliver Franz am 18.04.2018 in einer gemeinsamen Pressemitteilung mit dem Polizeipräsidium Wiesbaden anlässlich der Vorstellung des Konzepts „Gemeinsam Sicheres Wiesbaden“ gefordert hat.

2) Das zuständige Dezernat wird gebeten zu erklären, ob es im Bereich Platz der Deutschen Einheit/Faulbrunnenplatz eine Ausweitung der Straßensozialarbeit plant, um dem Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit effektiv entgegen zu wirken, wie es von der Fraktion DIE LINKE und anderen Fraktionen im Ortsbeirat seit langem gefordert wird.

3) Die Alkoholverbotszone im Bereich des Platzes der Deutschen Einheit hätte am 31. August 2018 enden sollen. Im vergangenen Dezember wurde sie von Bürgermeister Dr. Oliver Franz durch Anwendung einer Allgemeinverfügung bis 30. November 2018 verlängert. Plant der Magistrat eine weitere Verlängerung des Verbots?

Begründung:

Die Alkoholverbotszone am Platz der Deutschen Einheit wurde im September 2008 eingeführt und seitdem kontinuierlich verlängert. Geändert hat sich seitdem wenig. Auch heute noch ist der Faulbrunnenplatz Treffpunkt und Anlaufstelle für Alkoholranke. Realistisch betrachtet hat das Verbot nicht viel gebracht. „Trinker“ sind eine auffällige Personengruppe in der öffentlichen Wahrnehmung und ihr Verhalten ist teilweise auch nicht unproblematisch. Bereits vor zehn Jahren hatte Ordnungsdezernentin Birgit Zeimetz (CDU) deswegen einen Runden Tisch ins Leben gerufen, um gemeinsam mit Fachleuten die Wirkungen des Alkoholverbots zu beobachten und zu diskutieren. Bereits damals sprachen diese sich für eine Ausweitung der Straßensozialarbeit aus, die den betroffenen Personen betreute Wohnplätze, Therapien, Jobs und Freizeitbeschäftigungen vermitteln könnten. Zudem müsse die Politik endlich einen Platz schaffen, an dem die Trinker geduldet seien, lautete eine weitere Forderung der Experten.

Zehn Jahre nach diesen Erkenntnissen scheint es dringend geboten, die Existenz dieser Personengruppe in einer Großstadt zu akzeptieren und auf Ursachenbekämpfung anstelle auf Gängelung und Verdrängung zu setzen. Die räumlichen Gegebenheiten haben sich durch den Bau der Sporthalle und die Neugestaltung des Platzes massiv verändert. Die Aussagen von Polizei und Landeshauptstadt hinsichtlich einer veränderten Prioritätensetzung scheinen in diese Richtung zu weisen. Jetzt müssen den Worten nur noch Taten folgen.